

Niederschrift
über die Sitzung des Integrationsrates
am 19.01.2022

Tagungsort: Nowgorod-Raum, EG, Altes Rathaus
Beginn: 17:00 Uhr
Sitzungspause:
Ende: 19:50 Uhr

Anwesend:

Mitglieder

Frau Murisa Adilovic
Frau Dr. Asma Ait Allali
Herr Robert Alich
Herr Jan Banze
Frau Jana Bohne
Herr John Simon Chowdry
Herr Vincenzo Copertino
Frau Hanane El Alaoui
Herr Cihad Kefeli
Herr Kamal Madougou-Zongo
Herr André Patrick Njoh Ngemhe
Frau Tanja Orłowski
Herr Jan Maik Schlifter
Herr Dominik Schnell
Herr Dilshad Simo Yoki
Frau Brigitte Stelze
Frau Miriam Welz
Herr Cemil Yildirim
Herr Jürgen Zilke

Stellvertretende Mitglieder

Herr Christos Papakostas

Schriftführung

Herr Emir Ali Sag

Verwaltung:

Herr Nürnberger Beigeordneter für Soziales und Integration

Frau Grewe - Kommunales Integrationszentrum
Nina Kather -

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt die Vorsitzende Frau Adilovic alle Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Integrationsrates fest. Frau Vorsitzende Adilovic schlägt vor, die Tagesordnungspunkte unter Top 5.1 zu erweitern: „Gemeinsame Erklärung zu den sog. „Spaziergängen“ der Coronaleugner-Szene“. Dem Vorschlag wird zugestimmt.

Öffentliche Sitzung:

Zu Punkt 1 Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Zu Punkt 2 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die Sitzung des Integrationsrates am 24.11.2021

Beschluss

Die Niederschrift über die Sitzung des Integrationsrates am 24.11.2021 wird genehmigt.

- einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen -

Zu Punkt 3 Mitteilungen

Frau Vorsitzende Adilovic teilt mit, dass die Website des Integrationsrates ab morgen unter www.integrationsrat-bielefeld.de eingeschaltet wird.

Zu Punkt 4 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

Zu Punkt 5 Anträge

Frau Vorsitzende Adilovic verweist auf die gemeinsame Erklärung der politischen Vertreter*innen des Bielefelder Rates zu den sog. „Spaziergängen“ der Coronaleugner-Szene. Der Integrationsrat habe sich rechtzeitig gegen diese Szene positioniert und viele Migrantenorganisationen über die Gefahr dieser Gruppen mehrsprachig informiert. Die vorliegende Erklärung sei wichtige Grundlage für die Positionierung aller politischen

Akteur*innen. Sie schlägt vor, sich folgender Erklärung anzuschließen.

Beschluss:

Der Integrationsrat schließt sich der gemeinsamen Erklärung zu den sog. „Spaziergängen“ Coronaleugner-Szene an.

Bei zwei Enthaltungen und einer Gegenstimme beschlossen.

Zu Punkt 6 Berichte aus den Ausschüssen

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Zu Punkt 7 Verschwörungsmethoden als Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt/Corona Leugner*innen in Bielefeld u. Umgebung

Frau Vorsitzende Adilovic begrüßt Dr. Jonas Rees vom Institut für Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld sowie Frau Tappe und Herrn Kohl von der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus.

Herr Dr. Jonas Rees bedankt sich für die Einladung und geht anhand einer Präsentation auf die Verschwörungserzählungen ein (siehe Anhang). Hierzu gibt er eine theoretische Erklärung des Phänomens und der Wirksamkeit von Verschwörungserzählungen.

Anschließend stellen Frau Tappe und Herr Kohl die Aktivitäten rechtsextremer Personen und Gruppen bei den Corona-Protesten vor. Sie unterstreichen, dass die rechte Szene unter den „Spaziergängern“ einen starken Einfluss habe, mit dem Ziel über dieses Phänomen die Straßen zu erobern (siehe Anlage).

Zum Abschluss der Referate melden sich die Mitglieder zu Wort. Herr Njoh Njemhe plädiert für eine Differenzierung im Rahmen der Meinungsäußerung im Kontext von Thesen und Anti-Thesen. Jeder Mensch habe einen anderen Standpunkt in Bezug auf einen Sachverhalt. Kritische Meinungen seien auch in diesen Zeiten wichtig und sollten nicht nur negativ und gefährlich eingestuft werden.

Herr Kefeli bedankt sich bei den Referenten und hält es für wichtig eine differenzierte Informationskampagne auch unter den Menschen mit einer internationaler Familiengeschichte zu starten. In diesem Kontext wäre eine enge Zusammenarbeit mit der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus und Migrantenorganisationen sehr wünschenswert. Der Integrationsrat könne hier einen guten Beitrag leisten. Frau Vorsitzende Adilovic erinnert an die mehrsprachigen Informationen des Bündnisses gegen Rechts, die vielen Akteur*innen in Bielefeld zur Verfügung gestellt wurden. Allerdings hält sie weiterhin eine systematische, mehrsprachige Informationskampagne für dringend notwendig.

Auch Herr Zilke bedankt sich für den interessanten Vortrag. Er fände es insgesamt schade, dass die Protestierenden gegen die strikten Corona-Maßnahmen als Corona-Leugner*innen tituliert werden. Er sei zwar bei den Protesten anwesend, habe allerdings bisher keinen einzigen „Rech-

ten“ bei diesen „Spaziergängen“ gesehen oder erlebt. Begegnet sei er vor allem Bekannten, Schulfreunden und einfachen Menschen, die verunsichert seien. Vor allem seien viele Menschen mit Migrationshintergrund anwesend. Da sie alle als Rechte benannt würden, wagten viele Menschen nicht auf die Straße zu gehen, aus Angst vor negativen Folgen.

Frau Stelze plädiert auch für einen differenzierten Umgang mit den Teilnehmenden an den Protesten. Es seien längst nicht alle Corona-Leugner*innen. Viele Teilnehmer*innen aus diesem großen Spektrum seien verunsichert, hätten Angst vor der Zukunft, befürchteten Arbeitsplatzverlust oder gerieten in eine negative soziale Lage. Die Menschen hätten selbstverständlich das Recht, ihre Sorgen und ihre Nöte in unterschiedlichen Formen zu äußern. Selbstverständlich müssten mit diesen Menschen auch Gespräche geführt werden. Trotz allem Verständnis für die Gründe solle man ihrer Meinung nach nicht mit diesen Populisten mitmarschieren.

Herr Nürnberger hält es für legitim, dass Menschen gegen die Impfpflicht bzw. Maßnahmen protestieren. Dafür habe er Verständnis, allerdings müsse man feststellen, dass viele Menschen mit rechter Gesinnung den berechtigten Unmut von Menschen instrumentalisieren, vor allem um die Straße für sich zu erobern. Mittlerweise seien die Menschen über die politische Gesinnung einiger Gruppen informiert, sodass das Argument der Naivität nicht mehr gelte. Er halte auch die 3G-Regelung für die Demos nicht für richtig. Auf der anderen Seite wolle er auf dem Tragen von Masken bei den Demos rigoros bestehen.

Frau Vorsitzende Adilovic bedankt sich für die konstruktive Diskussion und betont, der Integrationsrat werde sich weiterhin mit diesen Fragestellungen politisch auseinandersetzen.

-.-.-

Zu Punkt 8

Umsetzung des Case Managements im Rahmen des Kommunalen Integrationsmanagements

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2859/2020-2025

Frau Vorsitzende Adilovic weist darauf hin, dass über die Vorlage in der letzten Sitzung des Integrationsrates ausführlich debattiert wurde. Auf die Frage, ob es grundsätzliche Fragen zur Vorlage gebe, äußert Herr Schliffler, aus seiner Sicht sei wichtig und sinnvoll, ein bis zwei Stellen des Case-Managements den freien Trägern zur Verfügung zu stellen. Er könne zwar verstehen, weshalb die Stellen in kommunaler Verantwortung belassen werden sollen, sehe aber keine nachvollziehbaren Argumente, die dagegensprächen, eine Stelle an die freien Träger zu geben.

Herr Nürnberger unterstreicht, die Stadt wolle ein migrations- und kultursensibles Fallmanagementsystem entwickeln und etablieren, das vor allem Menschen mit Zuwanderungsgeschichte effektiv im Integrationsprozess begleitet. Hier gehe es auch darum, Handlungsbedarf an den Schnittstellen der Beratungsstrukturen zu identifizieren und zu optimie-

ren. Er nennt drei Argumente: 1. Für die Optimierung der Entscheidungsprozesse sei die Fachaufsicht der Kommune notwendig. 2. Im Case-Management stehe nicht die Einzelfallberatung sondern der rechtskreisübergreifende Blick auf die Strukturen im Fokus. 3. Zur Qualitätssicherung zugunsten der Zielgruppen erforderte eine mehrsprachige, kultursensible und spezifische Fachstelle.

Die Erstanlaufstelle im Rathaus, die momentan räumlich neugestaltet wird, werde kein Case-Management betreiben, sondern hier werden elementare Alltagsfragen (z. B. zur Aufenthaltserlaubnis, Arbeitslosengeld, Einbürgerung) der Betroffenen erörtert und an die zuständige Stelle verwiesen. Dabei könne auch überprüft werden, ob es ein Fall für das Case-Management sein könnte.

Herr Nürnberger erwähnt, die AWO und der DRK KV hätten bereits im Vorjahr je eine Case-Management Stelle erhalten und die Zusammenarbeit und der Austausch funktionierten gut. Er halte nach wie vor eine langfristige Konzeptionierung und Etablierung dieses Systems der Infrastruktur für notwendig und keine Aufspaltung auf viele Träger. Die Bündelung dieser Aufgaben in der Fachaufsicht der Kommune sei ein wichtiger Grundstein für ein entwicklungsfähiges System von Strukturen in Bielefeld.

Vor diesem Hintergrund plädiert er für die Zustimmung zur Verwaltungsvorlage.

Herr Yildirim zweifelt sehr stark an einem gleichberechtigten Wettbewerb der Akteur*innen/Träger in der Stadt. Über die Stellen und Ressourcen werde mittels Seilschaften entschieden.

Herr Copertino schließt sich den Argumenten von Herrn Schlichter an und würde es begrüßen, wenn dem Verein Tempus, der über vielfältige Kompetenzen verfüge, eine Chance für zunächst ein Jahr zu geben, im spezifisch kulturellen Kontext zu arbeiten. Der Verein Tempus arbeite, soweit er sich erinnern könne, seit Jahren in dem Bereich, verfüge über kulturspezifische Erfahrungen und es sei ein gutes Signal in der Öffentlichkeit, wenn die Entscheidung zugunsten des Vereins getroffen werde.

Frau Welz bewertet die bisherige Umsetzung des Case-Managements als auch der Maßnahmen, über die im Rahmen des Integrationsbudgets entschieden wurde, sehr positiv. Sowohl das Sprachpatenprojekt als auch das Stadtteilmütterkonzept und dessen inhaltliche Umsetzung durch AWO und DRK hätten dazu beigetragen, dass die Stadt eine gut gelungene Integration von Neuzugewanderten seit 2015 erfolgreich gemanagt habe. Die bewährte Zusammenarbeit solle fortgesetzt und weiterentwickelt werden. Änderungen könnten jederzeit auf Grundlage der erzielten Erfahrungen in politischen Gremien vorgenommen werden. Insofern halte sie die Argumente der Stadt bezogen auf die Ausweitung des Case-Managements für nachvollziehbar.

Herr Njoh Ngemhe sieht die großen Verbände in der Integrationsarbeit gegenüber den kleinen Migrant*innenorganisationen im Vorteil. Sie verfügten über enorme Infrastrukturen und Organisationskompetenzen. Migrant*innen und Migrant*innenvereine hätten jedoch eine unmittelbare Verbindung mit den Menschen, die sie unterstützend begleiten. Ihnen seien die Lebenslagen und Alltagsorgen der Leute bekannt, die von großen Wohlfahrtsverbänden manchmal nicht erreicht würden. Deshalb sollten die

Migrantenorganisationen die finanzielle und personelle Möglichkeit bekommen, ihre Kompetenzen in die Praxis umzusetzen.

Herr Nürnberger sieht in der Entscheidung keine Benachteiligung des Verein Tempus und anderer genannter Organisationen. Die fachlich gute Arbeit des Vereins in der sozialpsychologischen Beratung und Begleitung stehe außer Frage. Beim Case-Management gehe es jedoch vor allem um rechtsübergreifende Themen und den Fokus auf Strukturänderungen – Z. B. bezogen auf Abläufe in der Ausländerbehörde/Einbürgerungsstelle. Er merkt an: Der Verein Tempus wurde bisher von der Stadt finanziert. Er begrüße auch, dass es Überlegungen gebe, muslimische Wohlfahrt zu entwickeln und zu fördern. Im Zusammenhang mit dem Case-Management wolle die Stadt eine systematische Entwicklung der jetzigen Fachstelle für Flüchtlinge zu einer Agentur ‚Fachstelle für Integration‘ erreichen.

Herr Schlifter plädiert erneut für eine Stelle zugunsten des Vereins Tempus. In diesem Kontext stellt er den folgenden Antrag:
Der Integrationsrat empfiehlt, der JHA und der SGA beschließen:

„Im Rahmen des kommunalen Case Managements sollen vier Stellen durch die Stadt geschaffen werden.
Der Verein Tempus wird im Rahmen einer Stelle für zunächst ein Jahr beauftragt sich hierbei zu integrieren. Über die Erfahrungen hierbei soll in den entsprechenden Ausschüssen rechtzeitig vor Ablauf des Jahres berichtet werden.“

Frau Vorsitzende Adilovic stellt den Änderungsantrag von Herrn Schlifter zu der Beschlussvorlage der Verwaltung mit der Drucksachenummer: 2859/2020-2025 zur Abstimmung.

Beschluss:

**Der Integrationsrat empfiehlt, der JHA und der SGA beschließen:
Im Rahmen des kommunalen Case Managements sollen vier Stellen durch die Stadt geschaffen werden.
Der Verein Tempus wird im Rahmen einer Stelle für zunächst ein Jahr beauftragt sich hierbei zu integrieren. Über die Erfahrungen hierbei soll in den entsprechenden Ausschüssen rechtzeitig vor Ablauf des Jahres berichtet werden.**

Dafür 7
Dagegen 6
Enthaltungen 6

-mehrheitlich beschlossen-

-.-.-

Zu Punkt 9

Weitere Verwendung des Integrationsbudgets

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2860/2020-2025

Der Integrationsrat empfiehlt die Punkte 1. bis 6., der **Jugendhilfeausschuss beschließt den Punkt 6. und der Sozial- und Gesundheitsausschuss beschließt die Punkte 1. bis 6.:**

Aus dem Integrationsbudget werden folgende weitere Maßnahmen bzw. Angebote finanziert:

1. Für die Aufbauphase der „Erstanlaufstelle für (Neu-) Zugewanderte“ wird für einen Zeitraum von zwei Jahren eine zusätzliche Vollzeitstelle finanziert (insgesamt 120.000 €).
2. Zur Ausweitung des Projekts „Stadtteilmütter“ auf die Quartiere Ummeln und Brackwede werden für einen Zeitraum von zwei Jahren 120.000 € zur Verfügung gestellt.
3. Die Stadtteilkoordinationen Brackwede, Jöllenbeck (Oberlohmannshof) und Mitte-Nord erhalten für das Jahr 2022 jeweils eine Summe von 10.000 € pro Vollzeitstelle (insgesamt 25.000 € für 2,5 Vollzeitstellen).
4. Zur Fortsetzung der Sprachcafés im bisherigen Umfang werden für Januar und Februar 2022 coronabedingt nicht verbrauchte, bereits beschlossene Mittel eingesetzt. Für die Monate März bis Dezember 2022 werden dafür weitere 50.000 € zur Verfügung gestellt.
5. Für kommunal finanzierte Sprachkurse werden über die bisher beschlossenen 420.000 € für die Jahre 2020 bis 2022 hinaus weitere 225.000 € bis Ende 2023 zur Verfügung gestellt.
6. Für die Durchführung des Brückenprojekts im Jugendzentrum Stricker werden einmalig 10.250 € zur Verfügung gestellt.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 10

5. Satzung zur Änderung der Elternbeitragssatzung vom 05.05.2008 in der Fassung vom 18.07.2019

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3084/2020-2025

Der Integrationsrat empfiehlt: Der Jugendhilfeausschuss / Der Schul- und Sportausschuss / Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt, dass der Rat der Stadt Bielefeld die beigefügte 5. Satzung zur Änderung der Elternbeitragssatzung mit Wirkung ab 01.08.2022 beschließt.

bzw.

Der Rat der Stadt Bielefeld beschließt die beigefügte 5. Satzung zur Änderung der Elternbeitragssatzung mit Wirkung ab 01.08.2022.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

Nichtöffentliche Sitzung:

Zu Punkt 11 Mitwirkung in den Ausschüssen als sachkundige Einwohner*innen

Herr Alich begründet den Antrag zur Thematisierung der Teilnahme der Mitglieder an den Ausschusssitzungen. Die Erfahrungen und Beobachtungen zeigten, dass viele dieser Pflicht nicht nachkommen. Er plädiert für eine Neubesetzung der Positionen der sachkundigen Einwohner durch den Integrationsrat.

Diesem Vorschlag schließen sich Frau El Alaoui und Herr Yildirim an.

Frau Adilovic äußert, sie stelle seit längerer Zeit Handlungsbedarf bei der Neubesetzung der Ausschüsse fest. Die sachkundigen Einwohner*innen seien wichtiges Bindeglied zwischen dem Integrationsrat und anderen Ausschüssen bezogen auf den Transfer wichtiger Themen, die auch für den Integrationsrat relevant seien. Sie appelliert erneut an die Mitglieder, sich klar zu werden, inwieweit sie weiterhin ihr Mandat als sachkundige Einwohner*innen wahrnehmen oder niederlegen möchten und die Vorsitzende zu informieren. Die Neubesetzung der Ausschüsse soll in der Sitzung des Integrationsrates am 23. März 2022 erfolgen.

Zu Punkt 12 Anfragen

Zu Punkt 13 Anträge

Murisa Adilovic

Emir Ali Sağ